

OFFENER BRIEF ZUM ENERGIECHARTA-VERTRAG (ECT)

9. Dezember 2019

**Sehr geehrte Ministerinnen und Minister,
sehr geehrte Kommissare und Kommissarinnen,
sehr geehrte Abgeordnete des Bundestags und des Europäischen Parlaments,**

wir schreiben Ihnen als betroffene zivilgesellschaftliche Gruppen und Gewerkschaften aus den Mitgliedsstaaten der Energiecharta-Konferenz, die in den nächsten zwei Tagen (10. und 11. Dezember 2019) in Brüssel ihre Jahresversammlung abhalten wird. Eine erste Verhandlungsrunde zur Modernisierung des Energiecharta-Vertrags (Energy Charta Treaty, ECT) findet am 11. Dezember statt.

Wir – 278 Umwelt-, Klima-, Verbraucher*innen-, Entwicklungs- und handelsbezogene zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Gewerkschaften – sind der Ansicht, dass der ECT mit der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und mit den von Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften entwickelten Maßnahmen für eine gerechte Energiewende unvereinbar ist. Außerdem steht der Vertrag notwendigen gesellschaftspolitischen Maßnahmen im Weg. Der ECT wurde und wird von Unternehmen aus dem Bereich fossiler Brennstoffe und der Kernenergie genutzt, um Entscheidungen zum Ausstieg aus diesen Energien anzufechten. Darüber hinaus stellt er ein Hindernis dabei dar, Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu priorisieren, die Energieerzeugung unter öffentliche Kontrolle zu bringen und Maßnahmen zur Beseitigung der Energiearmut zu ergreifen. Der ECT in seiner jetzigen Form ist veraltet und eine Bedrohung für das öffentliche Interesse.

Wir fordern Sie daher auf, dafür zu sorgen, dass der ECT nicht länger Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise, zum Schutz der Umwelt und zur Verringerung von Energiearmut untergraben kann. Wir fordern Sie auch auf, die geografische Ausdehnung des ECT auf weitere Unterzeichnerstaaten unverzüglich zu stoppen.

Der ECT enthält viele Vorschriften – darunter auch zu Energiedurchleitung und -handel –, besonders bedenklich sind aber die Bestimmungen zum Schutz ausländischer Energieinvestitionen. Sie ermöglichen es ausländischen Investoren im Energiesektor, die Unterzeichnerstaaten des ECT außerhalb bestehender Gerichte in geheimen internationalen Schiedsstellen aus drei Privatanwälten*innen zu verklagen. In diesen Schiedsstellen können Anleger*innen schwindelerregend hohe Summen an öffentlichen Geldern verlangen – als Entschädigung für staatliche Maßnahmen, von denen sie behaupten, diese hätten ihre Gewinne geschmälert.

Wir haben sechs Kernprobleme des ECT identifiziert:

1. Der ECT schützt Investitionen und Infrastruktur für fossile Brennstoffe und wird genutzt, um notwendige Klimaschutzmaßnahmen anzugreifen und zu unterminieren. Seit 2017 verklagt das britische Unternehmen Rockhopper Italien wegen eines Verbots neuer Öl- und Gasbohrungen in der Nähe der Küste des Landes und fordert eine Entschädigung von bis zu 350 Millionen Dollar.ⁱ Im Jahr 2017 drohte das kanadische Unternehmen Vermilion damit, Frankreich aufgrund eines Gesetzesvorschlags zur Beendigung der Förderung fossiler Brennstoffe zu verklagen, der dann deutlich abgeschwächt wurde.ⁱⁱ Und im Herbst 2019 kündigte das deutsche Unternehmen Uniper an, dass es die Niederlande verklagen und Entschädigung verlangen würde, wenn das Land ein geplantes Gesetz zum Ausstieg aus der Kohleverstromung verabschieden würde.ⁱⁱⁱ Wahrscheinlich wird es in Zukunft mehr ECT-Klagen gegen Klimaschutzmaßnahmen geben, da Regierungen beginnen, Pläne für Klimaneutralität und einen Übergang zu sauberer Energie zu entwickeln. Es besteht die reale Gefahr,

dass dies Regulierung einfriert, Regierungen also davon abhält, angesichts der massiven Schadenersatzforderungen notwendige Maßnahmen zu ergreifen.^{iv}

2. Der ECT setzt öffentliche Haushalte und Steuerzahler*innen einem unkalkulierbaren Risiko aus. Private Schiedsstellen können Staaten zwingen, Milliarden zur Entschädigung von Anleger*innen ausbezahlen – einschließlich völlig hypothetischer entgangener „zukünftiger Gewinne“, die nach nationalem oder EU-Recht nicht erstattungsfähig sind. Durch den ECT wurden Regierungen bereits gezwungen bzw. haben im Rahmen von Vergleichen zugestimmt, insgesamt mehr als 51,6 Milliarden US-Dollar Schadenersatz aus öffentlichen Mitteln zu zahlen.^v

3. Der ECT könnte die Förderung erneuerbarer Energien gefährden. Der Vertrag erlaubt es nicht, zwischen verschiedenen Energiequellen zu unterscheiden.^{vi} Das macht es für Regierungen finanziell riskanter, dringend notwendige Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien statt kohlenstoffintensiver Investitionen zu tätigen. Darüber hinaus schützt der ECT weder Investitionen in die Energieeffizienz noch andere Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs.^{vii}

4. Der ECT kann den Umweltschutz untergraben. Ein Beispiel hierfür ist die 1,4 Milliarden Euro schwere ECT-Klage des schwedischen Unternehmens Vattenfall aus dem Jahr 2009 gegen Umweltstandards für ein Kohlekraftwerk in Deutschland. Laut offiziellen Aussagen zwang der geforderte Betrag die örtliche Regierung dazu, die Vorschriften abzuschwächen und den Fall mit einem Vergleich beizulegen, was die Umweltauswirkungen der Anlage auf den örtlichen Fluss und dessen Tierwelt verschärfte.^{viii} In der zweiten und derzeit noch laufenden ECT-Klage von Vattenfall gegen Deutschland fordert das Unternehmen 6,1 Milliarden Euro für den beschleunigten Atomausstieg des Landes nach der Fukushima-Katastrophe.^{ix} Im November 2019 kündigte das australische Unternehmen Aura Energy eine ECT-Klage gegen Schweden bezüglich der Entscheidung des Landes aus dem Jahr 2018 an, den Uranabbau aus Umwelt- und Gesundheitsgründen zu verbieten.^x

5. Der ECT kann dazu genutzt werden, Maßnahmen zu untergraben, die Energie erschwinglich machen und unter öffentliche Kontrolle bringen. Mehrere osteuropäische Länder wurden im Rahmen des ECT verklagt, weil sie Schritte unternommen haben, die Gewinne großer Energieunternehmen zu beschränken und Strompreise für Verbraucher*innen zu senken.^{xi} Die Bestimmungen des ECT können auch gegen solche Initiativen verwendet werden, die darauf abzielen, Energieerzeugung und -dienstleistungen unter öffentliche und demokratische Kontrolle zu bringen.^{xii}

6. Das Investor-Staat-Schiedsverfahren nach dem ECT steht im Widerspruch zur Rechtsstaatlichkeit und untergräbt die nationalen Rechtssysteme. Im Gegensatz zum Grundsatz des gleichberechtigten Zugangs zur Justiz schafft der ECT ein paralleles Rechtssystem, das ausschließlich ausländischen Investoren – und damit einigen der reichsten und mächtigsten Akteure der Gesellschaft – zur Verfügung steht. ECT-Schiedsverfahren sind höchst intransparent und mit Interessenkonflikten behaftet: Schiedsrichter*innen verdienen viel Geld mit derartigen Fällen und haben daher ein entsprechendes Interesse daran, den Boom der ECT-Streitigkeiten aufrechtzuerhalten.^{xiii} Der Europäische Gerichtshof hat mit seinem Achmea-Urteil von 2018 die Rechtmäßigkeit dieser parallelen privaten Rechtsverfahren innerhalb der Europäischen Union infrage gestellt.

Darüber hinaus bringt der Investitionsschutz des ECT nicht den behaupteten wirtschaftlichen Nutzen: Es gibt derzeit keine Belege dafür, dass das Abkommen dazu beiträgt, Investitionen zur Verringerung der Energiearmut zu erleichtern, geschweige denn Investitionen in erneuerbare Energien zu fördern.^{xiv}

Der angestrebte Modernisierungsprozess wird diese Fehlkonstruktionen in seiner jetzigen Form wahrscheinlich nicht beheben können. Das Verhandlungsmandat der EU sieht beispielsweise weder ein Ende des Investitionsschutzes für fossile Brennstoffe noch eine Beendigung von Investitionsschiedsverfahren oder von anderen Arten der Investor-Staat-Streitbeilegung des ECT

vor.^{xv} Änderungen des ECT, die den Vertrag mit dem Pariser Klimaschutzabkommen vereinbar machen, müssten von allen Unterzeichnerstaaten einstimmig beschlossen werden. Viele von ihnen sind maßgeblich an der Erzeugung von oder dem Handel mit fossilen Brennstoffen beteiligt. Einige Mitglieder haben bereits erklärt, dass sie überhaupt keine Notwendigkeit sehen, den ECT überhaupt zu ändern.^{xvi}

Wir fordern Sie daher auf,

- als Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen zur Modernisierung des ECT ein **Ende der Bestimmungen zum Schutz fossiler Brennstoffe einzufordern;**
- die **Streichung von Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS)** aus dem ECT zu beantragen;
- den **Rückzug aus dem oder die gemeinsame Kündigung** des ECT zu fordern, wenn der Modernisierungsprozess nicht schnell dazu führt, das Abkommen durch die Beseitigung des Streitbeilegungsverfahrens und des Schutzes fossiler Brennstoffe klima- und umweltverträglich zu gestalten;
- den **Prozess der geografischen Ausdehnung des ECT auf immer neue Staaten zu stoppen** und keinen Vertragsbeitritt zuzulassen, solange der ECT in seiner jetzigen Form bestehen bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Unterzeichnende Organisationen

Internationale Organisationen

350.org
CEE Bankwatch Network
Friends of the Earth International (FoEI)
Greenpeace
Naturefriends International (NFI)
Public Services International (PSI)
SumOfUs

Europäische Organisationen

ClientEarth
Climate Action Network (CAN) Europe
European Environmental Bureau (EEB)
European Public Service Union (EPSU)
Friends of the Earth Europe (FoEE)
The Green 10
Gastivists Collective
Seattle to Brussels Network
We Move Europe

Organisationen aus ECT-Unterzeichner-Staaten

Österreich: Anders Handeln; GLOBAL 2000 - Friends of the Earth Austria; Austrian Trade Union Confederation (ÖGB); Attac Austria; KABÖ; AK EUROPA; younion _ Die Daseinsgewerkschaft; Welthaus Wien; WIDE; Gewerkschaft PROGE; NFI; Welthaus der Diözese Innsbruck; Future Aid - Die Zukunft braucht unsere Hilfe!; Center for Encounter and Active Non-Violence; Netzwerk Soziale Verantwortung; Grüne Bildungswerkstatt NÖ;

Gemeinwohlökonomie Steiermark; Vienna Institute for International Development and Cooperation (VIDC); Allianz gerechtes Handeln; DKA Austria

Belgien: ACV-CSC; Entraide et Fraternité; 11.11.11; Corporate Europe Observatory (CEO); CNCD - 11.11.11 (Centre National de Coopération au Développement); Mouvement Ouvrier Chrétien; Climat et Justice Sociale (CJS); Kairos Europe (Wallonie/Bruxelles); Broederlijk Delen; Arbeid & Milieu; Grands-Parents pour le Climat; Ecokerk; 11 March Movement; Climate Express; Workers4Climate; Réseau wallon pour l'accès durable à l'énergie (RWAE); ATTAC Wallonie Bruxelles; Food & Water Action Europe; ATB De Natuurvrienden

Bosnien und Herzegovina: Centar za životnu sredinu - Friends of the Earth Bosnia and Herzegovina; Green team Novi Grad; LIR Evolution

Bulgarien: Foundation for Environment and Agriculture

Kroatien: Friends of the Earth Croatia

Zypern: Friends of the Earth Cyprus

Dänemark: Global Aktion; NOAH - Friends of the Earth Denmark; 3F BJMF

Estland: Estonian Green Movement

Finnland: TTIP Network Finland; The Finish Association for Nature Conservation; Maan ystävät ry - Friends of the Earth Finland; 350 Finland; EKOenergy

Frankreich: Veblen Institute; AITEC; Attac France; Amis de la Terre France; CCFD – Terre Solidaire; ActionAid France - Peuples Solidaires; Sherpa; Confédération paysanne; Collectif Stop TAFTA/CETA; Fondation Nicolas Hulot; Notre affaire à tous; Réseau Foi et Justice Afrique Europe Antenne France; Sciences Citoyennes; Emmaüs International; Fédération Droit Au Logement (DAL); Collectif Causse Méjean - Gaz de Schiste NON !; BLOOM; France Nature Environnement; Alofa Tuvalu; Fondation Copernic; Comité Pauvreté et Politique; Alternatives et Autogestion; Fédération Artisans du Monde; SdN75

Deutschland: Klima-Allianz Deutschland; Forum Umwelt und Entwicklung / German NGO Forum on Environment and Development; WEED - World Economy, Ecology & Development; urgewald; LobbyControl; Attac Germany; PowerShift; BUND - Friends of the Earth Germany; Berliner Wassertisch; FDCL - Center for Research and Documentation Chile-Latin America; Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL); Compact; FIAN Deutschland; AntiAtomBonn; Andy Gheorghiu Consulting; NaturFreunde Deutschlands – Naturefriends Germany; IPPNW Germany; Aktionsbuendnis Energiewende Heilbronn

Griechenland: Naturefriends Greece; OIKOPOLIS; ECOELEUSIS; PERI.POL.O. of Attica

Ungarn: WWF Hungary; National Society of Conservationists - Friends of the Earth Hungary; Védegyelet; Éghajlatvédelmi Szövetség (Hungarian Climate Alliance); Hungarian PV and Solar Collector Association - MNNSZ; Ókorégió Alapítvány a Fenntartható Fejlődésért; Kalocsakörnyéki Környezetvédelmi Egyesület; Fauna Alapítvány; Kalocsakörnyéki Környezetvédelmi Egyesület; Zöld Akció Egyesület (Green Action); ZÖLD KÖR; "Bihar" Kis-sárréti Civilek Társasága; Clean Air Action Group; Csalán Környezet-és Természetvédő Egyesület; Mozgalom az Egészséges Város Környezetéért Civil Társaság; Towards Sustainability Association; BME EZK; Tree of Life Organization; CSEMETE Természet-és Környezetvédelmi Egyesület; GATE Green Club NGO; Ökotárs Alapítvány; Hungarian Society for Environmental Education;

Irland: Irish Environmental Network & Green Foundation Ireland; Extinction Rebellion Ireland; Trócaire; Keep Ireland Fracking Free; FÍS NUA; Climate Change Ireland; ATTAC Ireland; Good Energies Alliance Ireland; Extinction Rebellion Kildare (XRK); Futureproof Clare; Action from Ireland (Afri); Not Here, Not Anywhere; An Taisce (Climate Committee); Feasta: the Foundation for the Economics of Sustainability; An Claiómh Glas; Social Justice Ireland

Kasachstan: Feminist League

Luxemburg: Mouvement Ecologique

Malta: Friends of the Earth Malta

Niederlande: The Transnational Institute (TNI); Milieudefensie - Friends of the Earth Netherlands; SOMO; Fossielvrij NL; FNV klimaatwerkgroep; WILPF NL Women's International League for Peace and Freedom; Natuur & Milieu; Both ENDS; Nivon Natuurvrienden

Norwegen: Spire; Attac Norway

Polen: Rozruch; Instytut Globalnej Odpowiedzialności (IGO); Fundacja "Rozwój TAK - Odkrywki NIE"; Polish Institute for Human Rights and Business

Portugal: TROCA - Plataforma por um Comércio Internacional Justo; ZERO - Association for the Sustainability of the Earth System; SOS Racismo; GasNaturalNao; Palombar - Associação de conservação da Natureza e do Património Rural; Corporations- Zero Tolerance; Fruta Freia; Vamos Salvar o Jamor; GAIA-Environmental Action and Intervention Group

Rumänien: Ecoteca Association; Bankwatch Romania; TERRA Mileniul III; Eco V Natura

Slovenien: Focus Association for Sustainable Development; Umanotera

Spanien: Confederación General del Trabajo (CGT-España); Ecologistas en Acción; Amigos de la Tierra – Friends of the Earth Spain; ATTAC España; Des de Baix; Catalunya No als Tractats de Comerç i Inversió; Entrepueblos-Entrepobles-Entrepobos-Herriarte; Alternative Republicana; Diputada Asamblea de extremadura (Unidas por Extremadura) Extremeños; eco-union; Amigos de la Tierra Comunidad de Madrid; Observatori DESC; Solidaridad Internacional Andalucis; Unión Sindical Obrera (USO); Ecologistas en Acción de Sanlúcar; Izquierda Unida; Debt Observatory in Globalisation (ODG); NO TTIP-CETA-TISA tARRAGONA-REUS; 24877360p; Enginyeria Sense Fronteres; Plataforma Ciudadana Zaragoza sin Fractura; Asociación de Cultura Popular Alaborada – Gallur; Plataforma por un Nuevo Modelo Energético; Ong AFRICANDO; Confederación Intersindical; Intersindical Valenciana

Baskenland: ELA

Schweden: Swedish Society for Nature Conversation; Jordens Vänner - Friends of the Earth Sweden; Skiftet; latinamerikagrupperna

Schweiz: Alliance Sud; Public Eye; Pro Natura; Campax

Vereinigtes Königreich: Trade Justice Movement; UNISON - the public service union; Global Justice Now; War on Want; Traidcraft Exchange; Wen (Women's Environmental Network); Global Justice Glasgow; One World Week; Health Poverty Action; Common Weal; PCS;UK, UNISON Scotland; Rethinking Value Chains; Friends of the Earth England, Wales and Northern Ireland; CORE Coalition; One Planet Limited; The SANE Collective; Carbon Tracker Initiative

Ukraine: Ecoaction

Organisationen aus ECT-Beobachterstaaten:

Australien: Australian Fair Trade and Investment Network; National Toxics Network; Climate Justice Union WA

Kanada: Canadian Union of Public Employees (CUPE); Climate Emergency Institute; Stand.Earth

Gambia: Janjanbureh Uniting Sustainable Tourism and Community Training (JustAct)

Indonesien: WALHI - Friends of the Earth Indonesia

Italien: Stop TTIP Italia; Fairwatch; Gruppo Italiano Amici della Natura; Esperanta Civito / Cité espérantienne; Fondazione Punto Sud

Nigeria: Foundation for the Conservation of the Earth (FOCONE); Automobile, Boatyards, Transport, Equipment And Allied Senior Staff Association

Senegal: Lumiere Synergie Développement; Association Sénégalaise des Amis de la Nature (ASAN)

Uganda: Seatini Uganda; Friends with Environment in Development

USA: FracDallas; ClimateJobsPDX; Labor Council for Latin American Advancement - NYC; 350 New Orleans

Organisationen aus anderen Staaten:

Argentinien: INPADE / FOCO

El Salvador: CESTA

Ghana: Public Utility Workers Union of TUC-Ghana

Guinea: Federation Nationale des Travailleurs de Guinée

Indien: RITES Forum

Mosambik: Justiça Ambiental - Friends of the Earth Mozambique

Thailand: Manushya Foundation, Focus on the Global South

Togo: Les Amis de la Terre Togo – Friends of the Earth Togo; Jeunes volontaires pour l'environnement; Attac Togo

Uruguay: REDES - Friends of the Earth Uruguay

i Rockhopper Italia S.p.A., Rockhopper Mediterranean Ltd, and Rockhopper Exploration Plc v. Italian Republic (ICSID Case No. ARB/17/14). Für mehr Informationen zu diesem Fall: Friends of the Earth Europe et al (2019) [Dirty Oil Attacks on Action on Fossil Fuels: Rockhopper vs Italy](#), Juni; Video: [Dirty Oil vs Beautiful Abruzzo](#), 25. Juni 2019.

ii Friends of the Earth Europe and others (2019) [Blocking Climate Change Laws with ISDS Threats: Vermilion vs France](#), June.

iii Edwin van der Schoot (2019) [Claim om kolenverbod voor Staat](#), De Telegraaf, 5. September.

iv Kyla Tienhaara and Christian Downie, Risky Business (2018) The Energy Charter Treaty, Renewable Energy and Investor-State Disputes, Global Governance, 24(3), 451-471; Nathalie Bernasconi-Osterwalder and Martin Dietrich Brauch (2019) [Redesigning the Energy Charter Treaty to Advance the Low-Carbon Transition, Transnational Dispute Management](#), February; Yamina Saheb (2019) [The Energy Charter Treaty \(ECT\). Assessing its geopolitical, climate and financial impacts](#), September.

v Siehe [Annex 1](#) zum Report 'One Treaty to rule them all', sheet "amounts paid by states". Eine aktualisierte Version dieser Datei vom September 2019 ist auf Anfrage erhältlich.

vi In der Nichtdiskriminierungsklausel des ECT (Art. 10 Abs. 7) verpflichten sich die Staaten, Investitionen aus anderen ECT-Mitgliedstaaten nicht weniger günstig zu behandeln als solche, die Investoren des Aufnahmestaates oder eines Drittstaates gewährt werden. Obwohl bisher keine derartigen Klagen bekannt sind, könnte dies zu Ansprüchen im Rahmen des ECT gegen politische Maßnahmen führen, die bewusst zwischen Energieinvestitionen, die der Erreichung von Klimaschutzzielen dienen, und solchen, die deren Erreichung behindern, unterscheiden. Siehe; Nathalie Bernasconi-Osterwalder und Martin Dietrich Brauch (2019): [Redesigning the Energy Charter Treaty to Advance the Low-Carbon Transition, Transnational Dispute Management](#), 22. Februar.

vii Sarah Keay-Bright (2019) ["Outdated Energy Charter Treaty leaves new economy investments unprotected"](#), Energy Post, 6 March; Yamina Saheb (2019) [The Energy Charter Treaty \(ECT\). Assessing its geopolitical, climate and financial impacts](#), 8. September.

viii Vattenfall AB, Vattenfall Europe AG, Vattenfall Europe Generation AG v. Federal Republic of Germany (ICSID Case No. ARB/09/6). For an analysis of the settlement see: Roda Verheyen (2012) [Briefing Note: The Coal-fired Power Plant Hamburg-Moorburg, ICSID proceedings by Vattenfall under the Energy Charter Treaty and the result for environmental standards](#), 11. April.

ix Vattenfall AB and others v. Federal Republic of Germany (ICSID Case No. ARB/12/12).

x World Nuclear News (2019) [Aura seeks compensation for Swedish uranium ban](#), 11. November.

xi AES Summit Generation Limited and AES-Tisza Erőmű Kft. v. Republic of Hungary (II) (ICSID Case No. ARB/07/22); Electrabel S.A. v. The Republic of Hungary (ICSID Case No. ARB/07/19); EVN AG v. Republic of Bulgaria (ICSID Case No. ARB/13/17); ENERGO-PRO a.s. v. Republic of Bulgaria (ICSID Case No. ARB/15/19); ČEZ, a.s. v. Republic of Bulgaria (ICSID Case No. ARB/16/24).

xii Das geschah in Albanien, nachdem es die Stromverteilungslizenz des tschechischen Energieriesen ČEZ widerrufen hatte, der 2013 eine ECT-Klage in Höhe von 190 Millionen € einreichte. Der Widerruf erfolgte, nachdem ČEZ den Strom für die Wasser- und Sanitärversorgung mehrerer albanischer Städte abgestellt, erhebliche Schulden gegenüber der Regierung angesammelt und andere vertragliche Verpflichtungen, wie z.B. die Reduzierung von Energieverlusten und Investitionen in das Stromnetz, nicht erfüllt hatte. Die Albanerinnen und Albaner hatten sich auch über hohe Preise, schlechten Service oder gar dessen Fehlen sowie Stromausfälle beschwert. Darüber hinaus war ČEZ mit Betrugsermittlungen durch die Staatsanwaltschaft von Tirana konfrontiert worden, unter anderem wegen der Verhängung gefälschter Bußgelder an reale und fiktive Kunden, um die angeblichen Verluste auf dem Papier zu erhöhen und Preiserhöhungen von den albanischen Regulierungsbehörden genehmigen zu lassen. Albanien hat den Fall 2014 beigelegt und sich bereit erklärt, 100 Mio. € Schadenersatz zu leisten. Siehe dazu: ČEZ (Tschechien) v. Albanien.: [ČEZ \(Czech Republic\) v. Albania](#).

xiii Für mehr Hintergrundinformationen zu Interessenskonflikten und weitere rechtsstaatlichen Problematiken im Rahmen des ECT, siehe: Corporate Europe Observatory and Transnational Institute (2018) [One Treaty to Rule them All. The ever-expanding Energy Charter Treaty and the power it gives to corporations to halt the energy transition](#), Juni, Kapitel 3.3 und Seite 72.

xiv Kyla Tienhaara and Christian Downie, Risky Business (2018) The Energy Charter Treaty, Renewable Energy and Investor-State Disputes, Global Governance, 24(3), S. 451-471, 451.

xv Council of the European Union (2019) [Negotiating Directives for the Modernisation of the Energy Charter Treaty](#), 2. Juli.

xvi In its contribution to the modernisation process, Japan, for example, stated "that it is not necessary to amend the current ECT provisions". See: Energy Charter Secretariat (2019) [Policy Options for Modernisation of the ECT](#), 6 Oktober.